

Die 10 meistgehörten Argumente für das EU-Mercosur Abkommen...und unsere 10 Entgegnungen

Du willst mit anderen Menschen über das EU-Mercosur Abkommen sprechen, fühlst dich aber noch nicht ausreichend gewappnet, um auf bestimmte Argumente zu antworten? Kein Problem! In diesem praktischen Argumentationsleitfaden findest du die meist gehörten Argumente der Abkommens-Befürworter und Antworten darauf - aus einer Perspektive der Handelsgerechtigkeit.

1. Argument: „Das Handelsabkommen unterstützt den Waldschutz, auch des Amazonas Regenwaldes.“

Im Gegenteil! Das Abkommen bedeutet, dass unter anderem Rindfleisch, Zuckerrohr, Futtersoja, Sojaöl und Biosprit aus dem Mercosur noch billiger und in noch größeren Mengen in die EU importiert werden können. Dabei tragen gerade diese Produkte zur Zerstörung von Wäldern und Ökosystemen bei, weil bei ihrer Produktion viel Anbaufläche benötigt wird. Gerade in Brasilien, aber auch in Argentinien und Paraguay besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Abholzung und der Produktion von landwirtschaftlichen Gütern, die fast ausschließlich für den Export bestimmt sind. Viele dieser Produkte gehen auch heute schon in die Europäische Union. Durch das Abkommen werden [Analysen](#) zufolge zusätzliche 700.000 ha Regenwald zerstört.

Zudem ist ein Handelsabkommen nicht das richtige Instrument, um Wälder zu schützen, weil es auf den Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen ausgelegt ist. Naturschutz ist Nebensache. Um den Schutz der Wälder durchzusetzen, gibt es bessere, wenn auch nicht perfekte Instrumente, wie die [EU Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten](#). Diese wird aber durch einen neu eingefügten **Ausgleichsmechanismus**, den sogenannten “rebalancing mechanism” untergraben. Mit diesem Mechanismus können die Handelspartner, in diesem Fall die Mercosur-Länder, gegen (zukünftige) Verordnungen vorgehen, wenn diese den Handel zwischen der EU und dem Mercosur einschränken. Beispielsweise, wenn es aufwendiger wird, Produkte, die potenziell mit Entwaldung in Verbindung stehen, in die EU zu importieren und sich dadurch das “Handelsgleichgewicht”, das im Abkommen vereinbart wurde, verschiebt. Der

Ausgleichsmechanismus ist dazu geeignet, generell umweltschützende Gesetzgebung im Rahmen des Europäischen Grünen Deals anzugreifen. Außerdem untergräbt das EU-Mercosur-Abkommen die **Europäische Entwaldungsverordnung**, indem es den Mercosur-Staaten eine bevorzugte Behandlung beim Länderbenchmarking in Aussicht stellt. Das würde bedeuten, dass sie in eine niedrigere Risikokategorie eingestuft werden, als es eine objektive Bewertung rechtfertigen würde.



2. Argument: Die Nachverhandlungen haben dazu geführt, dass das Abkommen Klima und Umwelt schützt.

Das ist falsch! An den grundlegenden Vereinbarungen zur Zollbefreiung und Kontingenterhöhung von klimaschädlichen und umweltzerstörerischen Gütern, wie Rindfleisch, Verbrennerautos, Pestiziden und cash crops, also für den Export produzierten landwirtschaftlichen Gütern, hat sich auch mit den zusätzlichen Anhängen nichts verändert. Die (neu) getroffenen Erklärungen zum Wald-, Umwelt-, und Klimaschutz sind vage und nicht effektiv durchsetzbar.

Das **Pariser Klimaabkommen** ist zwar als wesentlicher Bestandteil im Abkommen verankert. Allerdings ist die Formulierung, die eine Aussetzung des Abkommens bewirken könnte, eindeutig zweideutig. Dort heißt es, dass das Abkommen ausgesetzt werden kann, wenn die EU oder ein Land des Mercosur nicht länger *in Treu und Glauben (in good faith)* Mitglied des Abkommens sowie der UN-Klimarahmenkonvention ist. Was das genau bedeutet, ist Auslegungssache. Möglich ist, dass Maßnahmen erst ergriffen werden,

wenn ein Land das Klimaabkommen verlässt. Prinzipiell wird aber den Maßnahmen der Vorrang gegeben, die den Handel am wenigsten einschränken.

Während die Vereinbarungen rund um den Klimaschutz vage bleiben, treiben konkrete Handelserleichterungen für klimaschädliche Produkte den Klimawandel weiter an. Außerdem sind das Nachhaltigkeitskapitel, ebenso wie dessen neuer Anhang, nicht sanktionsbewehrt. Damit wird wirtschaftlichen Interessen nach wie vor Vorrang vor Umwelt-, und Klimaschutz gegeben. In Zeiten einer sich verschärfenden Klimakrise ist das ein fatales Signal.



3. Argument: Das EU-Mercosur Abkommen ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe, von der beide Seiten profitieren.

Das stimmt nicht! Das EU-Mercosur Abkommen vertieft das bestehende Ungleichgewicht. Bereits jetzt bestehen die europäischen Importe aus dem Mercosur zu 80% aus landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen. Die EU wiederum exportiert zu fast 83% verarbeitete Industrieprodukte mit einem hohen Mehrwert.

Das EU-Mercosur-Abkommen setzt damit ein **koloniales Austauschverhältnis** fort, das bis heute die Abhängigkeit südamerikanischer Länder prägt. Denn zum einen setzt das Abkommen Anreize, das Monokulturmodell und den Rohstoffabbau im Mercosur auszubauen. Gleichzeitig dürfen die Länder keine Anforderungen an europäische Investoren hinsichtlich der Anstellung lokalen Personals, der Nutzung von im Land hergestellten Vorprodukten sowie Wissens- und Technologietransfer stellen. Vielmehr bekommen europäische Investoren nach einem Übergangszeitraum sogar Zugang zur Vergabe öffentlicher Aufträge in den vier Ländern. Dadurch wächst der Wettbewerb und gerade kleine

Unternehmen drohen vom Markt verdrängt zu werden. Die Förderung von Wertschöpfung in den südamerikanischen Ländern kann so nicht gelingen.

4. Argument: Die europäischen Bauern und Bäuerinnen dramatisieren die Auswirkungen des Abkommens auf die europäische Landwirtschaft. Die zusätzlichen Quoten fallen kaum ins Gewicht.

Keineswegs! Je nach Produkt sind die Zusagen der Europäischen Union sehr weitgehend: 99.000 Tonnen Rindfleisch zusätzlich bedeuten einen Anstieg um fast 50% im Vergleich zu den aktuellen Importen, die bei etwa [205.000 Tonnen](#) liegen. Auch bei Hühnerfleisch würden sich die Importe um 50% erhöhen. Für Reis, Honig, Mais und Schweinefleisch wird es erstmals Zollsenkungen auf Einfuhren geben. Bei Bioethanol, das v.a. in der chemischen Industrie und für Agrosprit verwendet wird, liegen die vereinbarten zollfreien bzw. zollvergünstigten Einfuhren mit dem Abkommen sogar bei mehr als der [doppelten Menge Bioethanol, die Brasilien zuletzt in die EU exportiert](#) hat. Dabei handelt es sich um Produkte, die in der EU bereits produziert werden. Weitere Importe,

zumal aus tausenden Kilometern Entfernung, sind nicht notwendig, um die Nachfrage zu decken.

Zudem ist das EU-Mercosur Abkommen auch nur eins von vielen, die die EU bereits mit anderen Ländern abgeschlossen hat. Tatsächlich bestehen mit fast allen lateinamerikanischen und karibischen Staaten Handelsabkommen. Der erleichterte Zugang landwirtschaftlicher Produkte zum europäischen Markt ist immer Bestandteil dieser Abkommen. Das EU-Mercosur Abkommen ist also nur die Spitze eines Handelsabkommens-Eisbergs, der europäische Landwirt*innen unter massiven Preis- und Wettbewerbsdruck setzt.



5. Argument: Das EU-Mercosur Abkommen wird zu mehr Wachstum und Wohlstand auf beiden Seiten des Atlantiks führen.

Dieses Versprechen wird unerfüllt bleiben! Die Berechnungen der Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung der Europäischen Kommission gehen von einem durch das Abkommen induzierten Wirtschaftswachstum über 10 Jahre von maximal 0,1% für die EU und 0,3% für den Mercosur-Raum aus.

Gleichzeitig weist die Studie auf die massiven **Jobverluste** in der verarbeitenden Industrie im Mercosur hin. Allein in Brasilien könnten in der Autoindustrie über 20.000 Arbeitsplätze wegfallen, auch der Textilsektor und die pharmazeutische Produktion wären betroffen.

Sowohl der Europäische Gewerkschaftsbund als auch der Dachverband der Gewerkschaften aus dem ConoSur äußern sich ablehnend und sprechen von einem "Todesurteil" für die verarbeitende Industrie und die damit verbundenen Arbeitsplätze im Mercosur

6. Argument: „Europäische Verbraucher*innen profitieren durch geringere Preise und mehr Produktvielfalt.“

Das ist leider nur die halbe Wahrheit!

Denn mit dem Abkommen wird vereinbart, Importkontrollen, wenn möglich, abzubauen. Bereits jetzt konsumieren wir in der EU Produkte aus den Mercosur-Ländern, auf denen massive **Pestizidrückstände** gefunden werden. Untersuchungen von Greenpeace und dem Pesticide Action Network haben in den letzten Jahren allein auf Produkten aus Brasilien, wie Limetten und Kaffee, Rückstände gefunden, die über die in der EU erlaubten Grenzwerte hinausgingen. Übrigens auch von solchen Pestiziden, die in der EU aufgrund ihrer Gefahren für die menschliche Gesundheit, Umwelt und Insekten nicht zugelassen sind.

Wenn die Kontrollen dieser Importe weiter abgebaut werden, könnten mit [Glyphosat verseuchter Honig aus Uruguay](#), mit [Wachstumshormonen durchtränktes Fleisch aus Brasilien](#) oder [giftige Limetten](#) die Gesundheit europäischer Verbraucher*innen gefährden. Für die Menschen in den Ländern des Mercosur, die tagtäglich den aus der Luft versprühten

Pestiziden ausgesetzt sind, damit diese Exportprodukte angebaut werden können, ist das Abkommen ein gesundheitlicher Supergau.



7. Argument: „Wir brauchen das Handelsabkommen für die Energiewende und für die grünen Wertschöpfungsketten der Zukunft.“

Einspruch! Mit die größten **Profiteure** des Abkommens auf europäischer Seite sind die Autoindustrie und Chemiekonzerne, weil sie Verbrennerautos und Pestizide durch den Zollabbau günstiger und mehr verkaufen können. Auf Seiten der Mercosur-Staaten profitiert die Agrarindustrie, allen voran die Rindfleischproduktion. Da all diese Produkte mit hohen CO2-Emissionen oder

Umweltzerstörung verbunden sind, ist das Abkommen für die Energiewende nicht förderlich.

Hinzu kommen **mehr CO2-Emissionen durch den langen Transportweg**. Für eine gute Zusammenarbeit zum Aufbau grüner Wertschöpfungsketten braucht es dieses Abkommen nicht. Tatsächlich ist Brasilien bereits jetzt ein wichtiger europäischer Rohstofflieferant.

Statt eines Abkommens, das den Raubbau an Rohstoffen in der Region vertieft, braucht es **verbindliche Vereinbarungen zu Wissens- und Technologietransfer**. Zudem sollten EU-Gesetzgebungen, wie die Verordnung zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD) gestärkt werden, damit sichergestellt wird, dass Rohstoffe, die in die EU importiert werden, nicht mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen. Letztlich muss es aber um eine grundsätzliche Reduktion des Ressourcenverbrauchs in der EU gehen.

8. Argument: „In handelspolitisch unsicheren Zeiten brauchen wir stabile Partner, die unsere Werte teilen. Mit dem EU-Mercosur Abkommen bieten wir China in der Region die Stirn und können die Auswirkungen von Trumps Zöllen abfedern.“

Irrtum! Gute Partnerschaften erhält man mit guten und ausgewogenen Abkommen. Das EU-Mercosur Abkommen ist das Gegenteil davon. Sollte es ratifiziert werden, schreibt es den ungerechten und ungleichen Handel auf Jahrzehnte fort. Das wiederum schwächt die Länder des Mercosur auch in ihrer Position gegenüber China und den USA, weil es ihren politischen Spielraum einschränkt.

Zudem ist das Abkommen nicht dazu geeignet, den Verlust des US-amerikanischen Marktes in irgendeiner Weise aufzuwiegen. Das Handelsvolumen zwischen der EU und den USA ist 10 Mal größer als jenes mit dem Mercosur. Zudem wird es mindestens noch zwei Jahre dauern, bis das Abkommen in Kraft tritt. Eine kurzfristige Antwort auf die erratische Politik Trumps ist das Abkommen also keineswegs.

Außerdem wird es den Handel zwischen dem Mercosur und China nicht einschränken. China ist in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern zum wichtigsten Handelspartner aufgestiegen, und das ganz ohne Handelsabkommen. Gleichzeitig hat die EU trotz Handelsabkommen in Ländern wie Panama, Honduras, El Salvador, Costa Rica, Mexiko und Kolumbien gegenüber China, das kein Abkommen mit diesen Ländern hat, das Nachsehen. Das EU-Mercosur Abkommen würde an der Handelsdominanz Chinas im Mercosur nichts ändern, aber den ökologischen Fußabdruck der EU weiter verschlechtern.

Dabei ist die EU ist auch ohne dieses Abkommen ein strategischer und unersetzlicher Handelspartner der südamerikanischen Länder. Die Mercosur-Länder unterstützen wir auf lange Sicht nur, wenn wir Partnerschaften auf Augenhöhe anbieten, zum Beispiel durch gemeinsame Projekte zu Agrarökologie und Waldschutz oder Technologietransfer für die Energiewende.

9. Argument: Mit der Ablehnung des Abkommens spielen wir den Rechten in die Hände.

Unwahrscheinlich! Denn die europäische Rechte lehnt das Abkommen aus rein nationalistischen Erwägungen ab. Würden europäische Landwirt*innen vor der vermeintlichen Übermacht der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus dem Mercosur besser geschützt werden, würde sie dem EU-Mercosur Abkommen auch zustimmen. Mit einem Rückzug von dem Thema, überlässt man vielmehr den rechten Kräften in Deutschland und der EU das Feld und das in einem Bereich, der ursprünglich ein Kernthema linker Bewegungen war, nämlich internationale Solidarität und Gerechtigkeit. Deswegen ist es wichtig, immer wieder gegen die Vereinnahmung dieses Themas von rechts aufzubegehren und Themen in den Fokus der Debatte zu rücken, die nicht von Rechts vereinnahmt werden können, wie die Folgen des Abkommens für die Menschen im Mercosur, für unser Klima und die Benennung der Konzerne, die profitieren.



10. Argument Die EU muss sich jetzt als verlässlicher Partner erweisen und das Abkommen nach 25 Jahren Verhandlung unterzeichnen. Anschließend können immer noch Änderungen vorgenommen werden.

Das ist falsch! Ist das Abkommen einmal ratifiziert, können daran keine Änderungen mehr vorgenommen werden, jedenfalls nicht vom EU-Parlament oder anderen demokratisch legitimierten Vertreter*innen. Änderungen an dem Abkommen werden im Folgenden hinter verschlossenen Türen, im Rahmen der in dem Abkommen vereinbarten **Ausschüsse**, besprochen und beschlossen. Dort verhandeln allerdings weder Vertreter*innen der Mitgliedsstaaten noch Abgeordnete der Parlamente, sondern

Vertreter*innen der beiden Vertragsparteien, also des Mercosur und der Europäischen Kommission, und ggf. noch betroffene Stakeholder, zumeist Unternehmen. Diese undemokratischen Ausschüsse haben bereits beim Abkommen zwischen der EU und Kanada, CETA, zu massiver Kritik aus der Zivilgesellschaft geführt, da sie völkerrechtlich bindende Beschlüsse fassen, ohne Parlamente zu beteiligen.

Kein Abkommen ist immer besser als ein schlechtes Abkommen, das bestehende Ungerechtigkeiten noch vertieft. Ein verlässlicher Partner der Mercosur-Länder ist die EU bereits jetzt. Immerhin ist die EU der zweitwichtigste Handelspartner und der größte Investor im Mercosur - und das ganz ohne Abkommen.

